



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

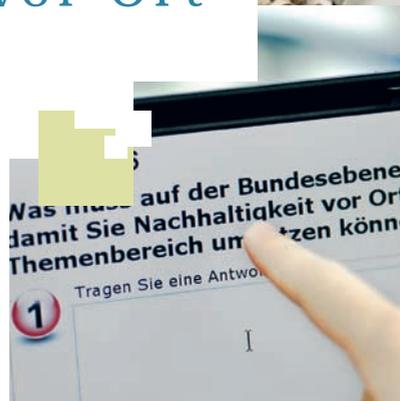
„Nachhaltigkeit vor Ort“ – Konferenz der 100 jüngsten Kommunalparlamentarier

Berlin, 12. bis 14. Juni 2008





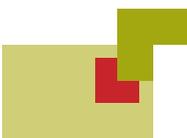
Nachhaltigkeit vor Ort



Inhalt

Vorwort	2
Die Konferenz	3
Empfehlungen und Abstimmungsergebnisse auf kommunaler Ebene	9
Empfehlungen und Abstimmungsergebnisse auf Bundesebene	12
Die Nachhaltigkeitsbeispiele	17
Der Rat für Nachhaltige Entwicklung	42

Personen- und Berufsbezeichnungen umfassen stets weibliche und männliche Personen.



Vorwort

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist ein wichtiges Zukunftsprogramm, um „das Morgen“ zu gestalten. Die Bundesregierung arbeitet derzeit an einer Fortschreibung der Strategie. Die Wirkung der Strategie muss sich nicht nur in großen nationalen Weichenstellungen, sondern täglich in zahlreichen Nachhaltigkeitsentscheidungen auf lokaler Ebene beweisen. Denn fast alle Schritte zur Nachhaltigkeit müssen letztendlich vor Ort in den Kommunen realisiert werden!

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die 100 jüngsten Kommunalparlamentarier Deutschlands vom 12. bis 14. Juni 2008 nach Berlin eingeladen, da sie von den heute in der Verantwortung stehenden Politikern die Gruppe sind, die die Wirkungen am längsten spüren wird. Schon im Vorfeld bei der Bewerbung zur Veranstaltung konnten die potenziellen Teilnehmer ihre Vorstellungen und Beispiele für die lokale Nachhaltigkeitspolitik darstellen. Während der Veranstaltung konnten diese vertieft und präzisiert werden und daraus Impulse für die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie formuliert werden. „Nachhaltigkeit vor Ort“ war die erste bundesweite, parteiübergreifende Veranstaltung speziell für junge Kommunalparlamentarier mit Interesse am Thema Nachhaltigkeit. Aus dem Feedback zur Konferenz wurde deutlich, dass für die 18- bis 25-jährigen Teilnehmer die Vernetzung mit anderen Kommunalpolitikern ihrer Generation ein zentraler Teil der Veranstaltung war.



Dr. Günther Bachmann,
Geschäftsstelle Rat für Nachhaltige Entwicklung





Die Konferenz

Die Teilnehmerauswahl

Die 100 jüngsten Kommunalpolitiker Deutschlands zusammenzubringen ist eine Innovation. Nicht nur vom Format her, sondern auch hinsichtlich der Inhalte und des Ablaufs einer solchen Konferenz hat der Rat ein Experiment gewagt. Die Ergebnisse zeigen, dass die hohen Erwartungen erfüllt wurden.

Wer die 100 jüngsten Mandatsträger kommunaler Parlamente (also z.B. Stadträte, Gemeinderäte, Kreistage etc.) einladen will, findet hierzu keine einfache Liste oder eine Adressdatei, die alle Gebietskörperschaften Deutschlands erfasst. Deshalb beruht die Teilnahme auf einem Anmeldeverfahren und einer Einladung zur Beteiligung, die über die politischen Parteien, die kommunalen Spitzenverbände, kommunalpolitische Vereinigungen, Webportale und weitere Stellen breit gestreut wurde.

Mehr als 300 Kommunalparlamentarier haben sich angemeldet. Aus ihrem Kreis wurden dann die 100 jüngsten Abgeordneten eingeladen. Das einzige Kriterium war das Alter. Dadurch sind geringfügige Disproportionalitäten entstanden. Regionale Schwerpunkte liegen in den bevölkerungsreichsten Bundesländern. Der Anteil von Mandatsträgern aus den neuen Ländern war geringer als erwartet. Das Verhältnis von Männern und Frauen betrug 2 : 1. Von den 100 jüngsten Kommunalparlamentariern waren CDU/CSU und Die Grünen leicht überrepräsentiert, insgesamt war das Parteienspektrum aber gut abgebildet.

Methode und Ablauf der Konferenz

Die Dialogform der Konferenz war mehrstufig und interaktiv. In mehreren Runden mit stets wechselnden Aufgaben und Formaten bewegten sich die Teilnehmer vom konkreten Beispiel zur politischen Schlussfolgerung. Außerdem stand die Diskussion mit externen Referenten der Bundesebene auf dem Programm.



Donnerstag, 12.6.2008

Matthias Köhne, der Bezirksbürgermeister von Pankow, begrüßte die Teilnehmer in der Kulturbrauerei Berlin mit einem eigenen Beispiel: Die erste Windkraftanlage im Land Berlin wurde in seinem Bezirk installiert und wenige Tage nach der Konferenz eingeweiht.

Nachhaltigkeitsbeispiele

Die Teilnehmer hatten sich im Vorfeld der Konferenz ein konkretes Vor-Ort-Beispiel aus ihrem politischen Alltag zum Thema Nachhaltigkeit überlegt, das sie zunächst auf einem für die Konferenz eingerichteten Online-Forum präsentieren konnten. Gefragt waren sowohl Positivbeispiele für nachhaltige Politik vor Ort als auch Herausforderungen oder offene Fragestellungen. Zum Auftakt der Konferenz gestalteten die Teilnehmer ihre Beispiele als Elemente einer Kommune: Vorgefertigte Modelle (Figuren, Gebäude, Flächen oder Verbindungen) standen ihnen zur Verfügung, die sie individuell gestalten konnten, um ihr Beispiel und dessen jeweilige Botschaft symbolhaft darzustellen.

Wir bauen eine Kommune

Am Beginn der Konferenz war die kreative Seite der Teilnehmer gefordert: Sie hatten die Aufgabe, ihr mitgebrachtes Nachhaltigkeitsbeispiel als Pappmodell zu basteln. Alle Teilnehmer erhielten ein weißes Pappmodell, das sie mit ihren mitgebrachten Zeitungsartikeln, Flyern, Informationsbroschüren und Fotos gestalteten. Dabei konnten sie zwischen unterschiedlichen Modellen wählen, je nachdem, was am besten zu ihrem Beispiel passte: Es gab Pappfiguren, -flächen, -gebäude oder -verbindungen. Hier einige Beispiele aus den vier Kategorien:

Figur: Jugendarbeit, Bürgerbeteiligung, Integrationsprojekte, Quartiersmanagement

Gebäude: Mehrgenerationenhäuser, Energiesparen, Innenstadtbelebung, Schulprojekte

Fläche: Gewerbegebietsentwicklung, Landschaftsschutz, Infrastrukturentwicklung, Bioenergiepark

Verbindung: Interkommunale Zusammenarbeit, Energiepolitik, Haushaltspolitik, öffentlicher Personennahverkehr

Aus ihren Städten und Kommunen hatten alle Teilnehmer eine ganze Reihe von Materialien mitgebracht: Von Zeitungsartikeln, Flyern, Informationsbroschüren und Fotos bis hin zu Playmobilfiguren – der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt.

Am Auftaktabend der Konferenz gestalteten die Teilnehmer mithilfe ihrer Materialien die Modelle und hatten dabei die erste Gelegenheit, sich in Kleingruppen über ihre Projekte und ihre parlamentarische Arbeit auszutauschen.



Freitag, 13.6.2008

Dr. Volker Hauff, der Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung, dankte am nächsten Morgen den Teilnehmern für ihr Interesse und Engagement und beschrieb die Erwartungen des Rates an dieses Experiment. Die Perspektive des Bundeskanzleramtes auf die Nachhaltigkeitsstrategie wurde von Dr. Stefan Bauernfeind dargestellt, und MdB Dr. Matthias Miersch gab für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung im Deutschen Bundestag einen parlamentarischen Impuls für die Konferenz.

Die Diskussion der Teilnehmer startete in drei Gruppen zu den Bereichen „Nachhaltige Ressourcen“, „Nachhaltiges (Zusammen)Leben“ und „Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften“. In diesen Gruppen stellten die Teilnehmer jeweils ihr Beispiel vor und arbeiteten ihre zentralen Themen heraus.

Nach der Gruppendiskussion kamen die Teilnehmer wieder im Plenum zusammen. Aus jeder Gruppe wurde ein Sprecher benannt, der die zentralen Themen aus Sicht der Gruppe darstellte. Anschließend wurde die Diskussion wieder für alle geöffnet. Auf einem „heißen Stuhl“ konnten alle Teilnehmer Platz nehmen, die sich zu Wort melden wollten. Im Laufe dieser Diskussion entstand eine Sammlung von Nachhaltigkeitsthemen, die den Teilnehmern besonders wichtig waren und mit denen sie sich im weiteren Verlauf der Konferenz beschäftigen wollten.





Anschließend konnten sich die Teilnehmer jeweils dem Thema zuordnen, das sie bearbeiten wollten. Durch diese „Abstimmung mit den Füßen“ wurden die Themen ausgewählt, für die sich am Ende der Diskussion genügend interessierte Teilnehmer fanden. So wurden die prioritären Nachhaltigkeitsthemen des Workshops ermittelt. Sie haben durchweg ressortübergreifenden Charakter:

- **Umfassendere Bewertung der Wirtschaftlichkeit kommunaler Vorhaben**
- **Förderung des Austausches und der Kooperation zwischen den Generationen, um dem demografischen Wandel zu begegnen**
- **Transparentere und verlässlichere Ausgabenplanung durch Doppik**
- **Stärkere Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes**
- **Mutige Gestaltung des Strukturwandels durch interkommunale Zusammenarbeit**
- **Nachhaltigkeit kommunizieren: Information und Beteiligung der Bürger und Austausch zwischen den politischen Ebenen**
- **Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum unter Beachtung von Diversität und Konnexitätsprinzip**
- **Konsequenter Bewertung von Zukunftsinvestitionen anhand von Nachhaltigkeitskriterien**
- **Stärkung kommunaler Haushalte – Vorhaben langfristiger ausrichten und flexibler gestalten**
- **Schaffung von Anreizen zur Steigerung der Energieeffizienz auf kommunaler Ebene**
- **Integration von Nachhaltigkeit in alltägliche politische Entscheidungen („Nachhaltigkeits-Check“)**

Zu diesen Themen formulierten die Teilnehmer jeweils eine politische These für die kommunale Ebene, um dann zu ersten Entwürfen für Empfehlungen zu kommen. Die Leitfrage dabei war: „Was können wir als Kommunalpolitiker tun, um zu diesem Thema vor Ort eine nachhaltigere Politik zu machen?“

Diese Entwürfe wurden am Nachmittag mit zwei Mitgliedern des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Prof. Dr. Klaus Töpfer und Dr. Hans Geisler, diskutiert. Die Teilnehmer konnten so ihre Ideen vor dem Hintergrund der langen Politikerfahrung der Ratsmitglieder prüfen und präzisieren.

Samstag, 14.6.2008

Am Abschlusstag ging es dann um die Erarbeitung weiterer Empfehlungen, diesmal an die Bundesebene. Zu jedem der priorisierten Themen wurde wieder in Kleingruppen gearbeitet, um aus Sicht der Teilnehmer zu formulieren, was in der Bundespolitik für mehr Nachhaltigkeit getan werden sollte. In jeder Gruppe nahm ein Experte als Diskussionspartner zu bundesweiten Fragen teil.

Diese Diskussionsphase wurde in Tischgruppen und mit Technikunterstützung durch ein Laptop-Redaktionsnetzwerk und persönliche Abstimmungsgeräte geführt, um die vielen Perspektiven zügig zu einem Gesamtbild zusammenzuführen und zu verabschieden.

Nach einer ersten Arbeitsphase in den Tischgruppen diskutierten die Teilnehmer ihre Ideen und Fragen im Plenum mit den anwesenden Ratsmitgliedern Oberbürgermeister Horst Frank und Marlehn Thieme. Anschließend konnten sie ihre Empfehlungen in den Tischgruppen überarbeiten bzw. vervollständigen.

Am Ende dieser Phase standen wieder Empfehlungen, die nunmehr zur Abstimmung gestellt wurden, Manche Empfehlungen erzielten Mehrheiten, andere erbrachten ein dezidiert geteiltes Votum von Zustimmung und Ablehnung. Die Vorstellung der Empfehlungen und das Abstimmungsergebnis unterstrichen, dass sich die Teilnehmer sehr detailliert mit den jeweiligen Empfehlungen auseinandergesetzt haben. Im Falle von mehrheitlichen Ablehnungen war häufig zu erkennen, dass die Ablehnung sich auf wesentliche Details oder Forderungen nach Instrumenten bezog, weniger jedoch auf die generelle Ausrichtung der Empfehlung.



Fazit

Aus Sicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung zeigen die Ergebnisse, dass die grundlegende politische Herausforderung einer generationengerechten, umweltbewussten und wettbewerbsfähigen Zukunftspolitik im politischen Handeln und in den Konzepten der Teilnehmer deutlich ablesbar ist. Die jüngsten Kommunalparlamentarier Deutschlands sehen Nachhaltigkeit als eine Grundlage ihrer Politik. Sie sehen aber jenseits vieler von Nachhaltigkeitserwägungen getriebenen Einzelpolitiken einen Reformbedarf bei den Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeitsentscheidungen vor Ort: in den Haushalten, in den Entscheidungsrichtlinien, im öffentlichen Bewusstsein. Für die junge Politik ist Nachhaltigkeit – in allen drei Dimensionen: ökologisch, ökonomisch und sozial – ein weitreichender Reformauftrag, der vor Ort beginnt und der nach Resonanz und der Übernahme von Verantwortung auf allen Ebenen der Politik fragt.

Die Ergebnisse der Konferenz werden in die politische Arbeit des Nachhaltigkeitsrates eingehen. Direkt in den Beitrag des Nachhaltigkeitsrates zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2008, aber sicherlich auch darüber hinaus, wenn es darum geht, die lokale Nachhaltigkeitspolitik mit innovativen Ideen voranzubringen und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln.



Empfehlungen und Abstimmungsergebnisse bezogen auf die kommunale Ebene

Empfehlung 1: Umfassendere Bewertung der Wirtschaftlichkeit kommunaler Vorhaben

Wir empfehlen den Entscheidungsträgern der Kommunalparlamente, bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Vorhaben langfristige Veränderungen der Rahmenbedingungen, Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen und den Gerechtigkeitsaspekt zu berücksichtigen.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 2: Austausch und Kooperation zwischen den Generationen fördern

Vereine, Verbände und Organisationen sollen ab sofort in Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort Anlaufstellen schaffen. Diese sollen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Migranten zwischen den Generationen vermitteln und so ein soziales Netz knüpfen, in dem sich Ältere und Jüngere gegenseitig helfen, unterstützen und voneinander lernen.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 3: Transparentere und verlässlichere Ausgabenplanung durch Doppik

Wir empfehlen der Bundesregierung und den Landesregierungen für eine nachhaltige Haushaltspolitik die Einführung der Doppelten Buchführung in Konten (Doppik) in Bundes-, Landes- und Kommunalhaushalten bis spätestens zum 1.1.2015, da diese den Haushaltsplan transparenter darstellt und den Kommunalpolitikern dadurch langfristig bei der Haushaltskonsolidierung und beim Schuldenabbau helfen kann, sowie die Einführung einer interkommunal vergleichbaren Kosten- und Leistungsrechnung mit vergleichbaren Kennzahlen, soweit möglich. Wir fordern eine umfassende Einführung der Kommunalpolitik in die neuen Möglichkeiten, die die doppische Haushaltsführung und neue Instrumente zur Verwaltungssteuerung bieten, durch die Kommunen bis zum 31.12.2013.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 4: Stärkere Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes

Wir fordern von den Kommunalparlamenten die Einrichtung von Anlaufstellen zur Förderung und Koordination ehrenamtlichen Engagements und die Schaffung von Anerkennungssystemen wie z. B. Ehrenamtskarten. Dieses Projekt soll bis spätestens Ende 2010 umgesetzt werden. Die Verwaltung und die Wirtschaft werden aufgefordert, bürgerorientiert und kontrolliert zusammenzuarbeiten. Dabei dürfen die Hoheitsaufgaben der Kommune nicht abgegeben werden. Die Forderung sollte sofort und kontinuierlich umgesetzt werden.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 5: Mutige Gestaltung des Strukturwandels

Die Kommunen gestalten den Strukturwandel permanent in regionaler Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Dabei müssen ehrliche und mutige Entscheidungen durch die Räte getroffen werden. Beispiele sind Planungsk Kooperationen (Schulen, Bauplanung) und Arbeitsgemeinschaften (Bauhof).



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 6: Nachhaltigkeit kommunizieren

Die Entscheidungsträger sollen bei der Bearbeitung und Planung von Projekten grundsätzlich dem Bürger den persönlichen Bezug aufzeigen und ihm durch umfassende Informationen einen zielgerichteten Dialog sowie Partizipation ermöglichen.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 7: Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

Wir fordern von den kommunalen Entscheidungsträgern die Ausnutzung des vorhandenen und potenziellen Wohnraums in Ortskernen vor der Ausweisung neuer Baugebiete. Die Umsetzung sollte sofort erfolgen.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 8: Zukunftsinvestitionen anhand von Nachhaltigkeitskriterien bewerten

Wir fordern die Einführung eines Nachhaltigkeits-Checks. Der Entwurf sollte durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung erarbeitet werden. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Gesetzgebung bis 2012.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 9: Kommunale Haushalte stärken

Alle Ausgaben sollten langfristig nachhaltig getätigt werden und Projekte so gestaltet werden, dass sie flexibel an veränderte Rahmenbedingungen anpassbar sind.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 10: Schaffung von Anreizen zur Steigerung der Energieeffizienz

Wir fordern, ein „Best Practice“-Modell auf Landkreisebene (jährlich) zu unterstützen, das Indikatoren über Energieeffizienz einer Kommune beinhaltet und durch finanzielle Anreize den Wettbewerb zum Sparen von Energie (z. B. in kommunalen Liegenschaften) gegenüber anderen Kommunen fördert. Finanzierungsmodell sind Fonds (bundesweites Förderprogramm).



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlung 11: Integration von Nachhaltigkeit in alltägliche politische Entscheidungen

Wir fordern von den kommunalen Spitzenverbänden die Ausarbeitung einer Nachhaltigkeits-Checkliste, die bei sämtlichen Planungen der kommunalen Verwaltung und Gremien (von Anfang bis Umsetzung) beachtet werden muss. Die Ausarbeitung sollte sofort erfolgen, ab 2010 sollte die Beachtung verpflichtend sein. Es soll eine regelmäßige Anpassung sowie regelmäßiges Controlling und Monitoring stattfinden.



Ich unterstütze die Empfehlung

Ich unterstütze die Empfehlung nicht

Empfehlungen und Abstimmungsergebnisse bezogen auf die Bundesebene

Empfehlung 1: **Umfassendere Bewertung der Wirtschaftlichkeit kommunaler Vorhaben**

Wir empfehlen der Bundesregierung, einen Nachhaltigkeitswettbewerb zu initiieren. Dabei sollte es eine regionale Quantifizierung von Kriterien der Nachhaltigkeit geben. (Der Begriff der Nachhaltigkeit ist entsprechend durch einen Arbeitskreis der Bundesregierung zu definieren.)



Empfehlung 2: **Austausch und Kooperation zwischen den Generationen fördern**

2a: Wir empfehlen eine Flexibilisierung der Zuschüsse an Senioren, um neue altengerechte, integrative Wohnformen nutzen zu können (z. B. Mieterleichterung für Aufnahme „Älterer“ in Wohneinheit mit familienähnlichen Strukturen, Senioren-WG, ehrenamtliche Struktur zur Unterstützung der „Älteren“ im selbstständigen Leben, Mehrgenerationen-WGs).



2b: Ein klares Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland ist notwendig, um den demografischen Wandel aktiv gestalten zu können.



Empfehlung 3: Transparentere und verlässlichere Ausgabenplanung durch Doppik

Wir fordern die Einführung der Doppelten Buchführung in Konten (Doppik) mit Kosten-Leistungs-Rechnung auf allen Ebenen unter verpflichtender Vereinheitlichung von § 33a Haushaltsgrundsätze-Gesetz in Kombination mit einer Konkretisierung von Art. 115 GG und einer verpflichtenden Lebenszyklusanalyse von investiven Tätigkeiten; gegebenenfalls ergänzt um Zero-Base-Budgeting für alle Ebenen.



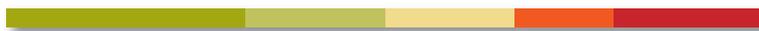
Empfehlung 4: Stärkere Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes

Wir fordern, dass die Bundesregierung Empfehlungen an alle Arbeitgeber ausspricht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Mitarbeiter mindestens einen Tag im Jahr freiwillig ihrem ehrenamtlichen Engagement nachgehen können. Der öffentliche Dienst sollte dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und diese Forderung ab 2009 implementieren.



Empfehlung 5: Mutige Gestaltung des Strukturwandels

Zur Bewältigung des Strukturwandels muss die interkommunale Zusammenarbeit gefordert, aber auch durch Belohnung vorausschauender Kommunalpolitik gefördert werden. Die Umgestaltung des Solidarpaktes zu einem gesamtdeutschen Strukturförderungsfonds mit einer Verwendungskontrolle, u. a. hinsichtlich der langfristigen Tragfähigkeit, soll regionale Nachteile ausgleichen.



Empfehlung 6: Nachhaltigkeit kommunizieren

Der Bund sollte den Austausch mit den Kommunen suchen und Stabstellen auf allen politischen Ebenen (auch Land) anregen mit dem Ziel der Schaffung eines Informationsnetzwerkes auf allen Entscheidungsebenen (nach Vorbild Bund), um Nachhaltigkeit zu kommunizieren und für sie zu motivieren.



Empfehlung 7: Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

7a: Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Mindestanforderungskatalog an die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu entwickeln, dessen Finanzierung sichergestellt sein muss, unter Beteiligung der Bundesministerien, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände, unter Berücksichtigung der Diversität der ländlichen Räume sowie unter strenger Beachtung des Konnexitätsprinzips. Der Katalog sollte bis September 2010 erstellt sein.



7b: Wir fordern höhere Pauschalen im Gesundheitssystem für den ländlichen Raum. Ziel ist es, die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.



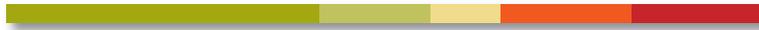
Empfehlung 8: Zukunftsinvestitionen anhand von Nachhaltigkeitskriterien bewerten

Wir fordern die Bundesregierung auf, einen Leitfaden zu entwickeln, der so früh wie möglich im Entscheidungsprozess Anwendung findet, um die Konsequenzen für die Nachhaltigkeit offenzulegen. Das Ziel muss dabei sein, in einem abgestuften Verfahren ein Bewusstsein bei den Entscheidungsträgern im Sinne der Nachhaltigkeit zu erreichen.



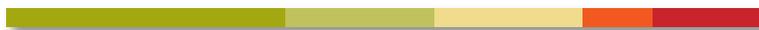
Empfehlung 9: Kommunale Haushalte stärken

Wir fordern, neben der unverzichtbaren und strikten Einhaltung des Konnexitätsprinzips, die Erstattung von Kosten von weisungsgebundenen Pflichtaufgaben über ein leistungsbezogenes Anreizsystem.



Empfehlung 10: Schaffung von Anreizen zur Steigerung der Energieeffizienz

Der Bund soll sich als Treiber dafür einsetzen, durch die Förderung von innovativen kommunalen energiepolitischen Ideen mehr dezentrale, innovative Energiekonzepte mit den Kommunen zu erstellen, indem Möglichkeiten aufgezeigt werden (z. B. durch einen Wettbewerb energetischer Modellregionen).



Empfehlung 11: Integration von Nachhaltigkeit in alltägliche politische Entscheidungen

11a: Wir fordern regelmäßige, jährliche Treffen der Bundesregierung mit den Ministerpräsidenten und den Fachministern zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie.



11b: Wir fordern stärkere Mitsprache unter verpflichtender Zuhilfenahme von Nachhaltigkeits-Checks für Kommunen in Infrastrukturprojekten wie z. B. Straßenplanungen des Bundesverkehrswegeplanes.



Die Nachhaltigkeitsbeispiele

Die Teilnehmer haben zur Konferenz ein Nachhaltigkeitsbeispiel aus ihrer Region mitgebracht und diese Beispiele im Vorfeld auf einem Online-Forum dargestellt. Gefragt waren sowohl Positivbeispiele für nachhaltige Politik vor Ort als auch Herausforderungen oder offene Fragestellungen. Das Ergebnis ist eine vielfältige Beispielsammlung, nach Städtenamen sortiert, die einen authentischen Einblick in die kommunale Nachhaltigkeitspolitik bietet. Die Texte sind teilweise stark gekürzt, um alle dokumentieren zu können. Sie finden die Originaltexte in einer PDF-Dokumentation auf der Internetseite des Rates.

„Altenplan“ (Ahrensburg)

Die Stadt Ahrensburg hat im vergangenen Jahr in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine umfangreiche Befragung unter Senioren bzw. Bürgern, die nah am Rentenalter sind, durchgeführt. Ziel war es, Bedarf, Wünsche, Erwartungen und Vorstellungen zur zukünftigen Lebenswelt abzufragen und zu skizzieren. Der auf dieser Basis entwickelte Plan soll Grundlage für die zukünftige Politik in Bezug auf alle seniorenrelevanten Themen bilden. Für Ahrensburg ist dieses Thema besonders wichtig, da ein Drittel aller Einwohner über 60 Jahre alt ist, Tendenz steigend.



Kulturpark West – Nachhaltige Kulturpolitik (Augsburg)

Übungsräume für Bands, Ateliers und einfach auch nur Räume, um Ideen zu verwirklichen, gibt es in den meisten Städten nur wenige. Wenn es sie gibt, sind sie oft sehr teuer, was sich ein Künstler, egal welcher Art, in den meisten Fällen nicht leisten kann. In Augsburg hat sich die Situation inzwischen jedoch geändert. Seit April sind die neuen Räume im Kulturpark West bezogen. Der Kulturpark West ist eine Symbiose von verschiedenen Interessen und Ideen und ein Projekt, in dem sich Kultur selbst entwickelt und aus sich selbst heraus wächst. Die Selbstorganisation und die Freiräume, die geschaffen wurden, die aber auch Verantwortung von allen erfordern, führen zur Nachhaltigkeit dieses Projektes.



Umwandlung einer Kaserne in einen Bioenergiepark (Bad Arolsen)

Als 2004 das Licht im Bundeswehrstandort Bad Arolsen endgültig ausgeknipst wurde, stellte sich die Frage einer sinnvollen, nachhaltigen Nutzung der Gebäude und des Geländes. Da der Norden Hessens zum Zentrum für nachwachsende Rohstoffe werden soll, fiel die Entscheidung für den Aufbau eines Bioenergieparks, an dem die Stadt Bad Arolsen sowie die Firma InfraserV GmbH und Co. Höchst KG beteiligt sind. Hier sollen zukünftig Firmen angesiedelt werden, die Biogasanlagen, Biomasse-Heizkraftwerke, Bioethanol- und FuE-Demonstrationsanlagen errichten. Weiterhin ist ein Teil des Parks als klassisches Gewerbegebiet geplant, um Synergien zu nutzen.

Kooperationsmodell Sportstättenanierungsprogramm (Barsinghausen)

Die Sportanlagen am Schulzentrum in Barsinghausen sind marode. Ziel ist es daher, neue Möglichkeiten für eine effiziente Ausnutzung der Anlagen sowie eine möglichst kostengünstige Sanierung zu gewährleisten. Schnell fand sich mit dem örtlichen Sportverein ein Partner, der wie gemacht für das Projekt schien. Es ist geplant, ein modernes Sportzentrum zu errichten, das sowohl die Ansprüche der Schule als auch die Erwartungen der Sportler erfüllt. Der Landessportbund und auch das Land Niedersachsen haben diese Kooperation zwischen Schule und Sportverein ausdrücklich gelobt und 100.000 Euro für den ersten Bauabschnitt zur Verfügung gestellt.

Autobahnplanungen in europäischem Naturschutzgebiet (Belm)

In der Gemeinde Belm wird derzeit der Bau der A33-Nord geplant. Die Trasse verläuft direkt durch ein europäisches Schutzgebiet und es gibt um Osnabrück mit der A1 und der A30 sowohl eine Ost-West- wie auch eine Nord-Süd-Tangente, sodass die Zeitersparnis der A33-Nord lediglich knapp 10 Minuten betragen würde. Die betroffenen Kommunen sprechen sich gegen den Bau aus, trotzdem wird die Autobahn weiter geplant und ist ökologisch (Schutzgebiet) und wirtschaftlich (vorhandene Autobahnen und Kosten für Neubau) nicht nachhaltig.

Gewerbegebiet Stubenwald (Bensheim)

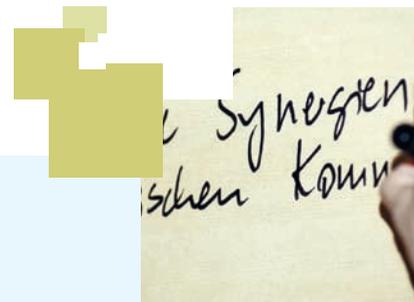
Im Bensheimer Gewerbegebiet Stubenwald stehen von 33,5 Hektar noch 7 Hektar für den Verkauf zur Verfügung. Im Rahmen eines Regionalplans mit einem Planungshorizont bis 2020 wurde das benachbarte Landschaftsgebiet von knapp 20 Hektar zusätzlich als Gewerbegebiet ausgewiesen. Einerseits sprechen die gute gesamtwirtschaftliche Situation, die niedrige Arbeitslosigkeit sowie die nach wie vor ansteigenden Einwohnerzahlen für eine Erweiterung der Gewerbeflächen, andererseits kann keiner den exakten Gang der Demografie vorhersehen. Offene Fragen sind: Wer weiß, ob diese Maßnahme angesichts der Bevölkerungszahlen im Jahr 2020 noch notwendig ist? Warum nicht erst Lücken in vorhandenen Gewerbegebieten schließen?

Integration von Alt und Jung in die lokale Politik (Berlin)

Bereits im Jahr 2007 gab es im Bezirk Berlin-Spandau die erste Senioren-BVV. Anfragen und Anträge, die sonst nur von Fraktionen, Gruppen oder einzelnen Bezirksverordneten gestellt werden konnten, wurden im vergangenen Jahr im Rahmen einer gesonderten Bezirksverordnetenversammlung von Bürgern, die das 60. Lebensjahr bereits vollendet hatten, eingebracht. Die Senioren-BVV wurde von allen Beteiligten sehr gut aufgenommen und einer Fortsetzung im Jahr 2008 unter Einbeziehung der Spandauer Jugend wurde zugestimmt. Damit sollen neue Anreize für Jung und Alt geschaffen werden, aktiv am politischen Geschehen auf der lokalen Ebene teilzunehmen.

Netzwerk „Gesunde Städte“ – Politik als Vermittler (Berlin)

Seit 1992 existiert im Berliner Bezirk Marzahn/Hellersdorf ein Modellprojekt der gesundheitlichen Daseinsvorsorge. Ein großes unbürokratisches Netzwerk aus ärztlichen Privatpraxen, großen Krankenhäusern (Vivantes, Unfallkrankenhaus Berlin), einer privaten Augenklinik und der kommunalen politischen Vertretung bietet eine moderne und vielfältige gesundheitliche Versorgung vor Ort. Das Problem ist die Unkenntnis bei den Bürgern über das medizinische Angebot im Bezirk und über notwendige Vorsorgeuntersuchungen. Der Lösungsansatz der Kommunalpolitik ist daher die Vernetzung der Leistungsträger und Stadtteilzentren, um über die Angebote zu informieren.



Projekt: Jugendbeteiligung im Bürgerhaushalt (Berlin)

Im Bezirk Lichtenberg gibt es neben dem ersten Bürgerhaushalt einer „Großstadt-Kommune“ auch eine selbst organisierte Jugendbeteiligung. Inzwischen entscheidet schon im zweiten Jahr eine Jury von Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 21 über Projekte und einen Förderfonds in Höhe von 20.000 Euro. Die Jugendlichen gestalten dabei das gesamte Verfahren selbst. Das besonders Wertvolle bei diesem Projekt ist die Rollenverteilung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen: Das Jugendamt und der fachlich zuständige Dezernent lassen der Jury alle Freiheiten für inhaltliche Entscheidungen, unterstützen die Jury aber, wo sie nur können.

Mehrgenerationenhaus (Biblis)

Das Mehrgenerationenhaus soll Menschen verschiedenen Alters Raum bieten, sich zu begegnen und von den Kompetenzen der Mitbewohner zu profitieren. Es soll ein offener Ort sein, an dem der Austausch und das Miteinander von Jung und Alt im Vordergrund stehen. Bei entsprechender Nachfrage sollen Dienstleistungen angeboten werden, beispielsweise könnte ein Café morgens Frühstück, mittags Mittagessen und später Kaffee und Kuchen anbieten. Des Weiteren besteht ein Spiel- und Betreuungsangebot für Kinder.

Unterhaltung des Gailschen Parks (Biebertal)

Als einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in Biebertal kann man den Erhalt und die Unterhaltung des Gailschen Parks betrachten. Bis zu seinem Verkauf im Jahr 2000 war er in Privatbesitz und damit nicht für die Bevölkerung zu besichtigen. Mit dem Verkauf bestand die Gefahr, dass ein Großteil des Parks durch die Aufteilung in Baugrundstücke zerstört würde. Doch gemeinsame Anstrengungen der Gemeinde und eines Fördervereins führten letztendlich dazu, dass der Park in seiner ursprünglichen Form erhalten werden konnte. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit von Gemeinde, Förderverein und Wirtschaft ermöglicht es nun den Biebertaler Bürgern, diesen schönen Park, der mehr als 100 Jahre unzugänglich war, zu nutzen.



Entwicklung der Goitzsche (Bitterfeld)

Die Goitzsche ist ein altes Tagebaurestloch, welches geflutet und zum Naturschutzgebiet erklärt worden ist. Seitdem finden auf einer Halbinsel viele Konzerte (z. B. das Splash-Festival) statt. Man kann an der Goitzsche an ausgewiesenen Plätzen baden, skaten und Fahrrad fahren, segeln und viele weitere Aktivitäten unternehmen. Außerdem war die Goitzsche bereits Expo-Projekt, da wir den einzigen schwimmenden Turm in Europa haben.



Auch in Zukunft sicher – mit neuem Gerätehaus (Brake)

Brake hat drei Feuerwehren: in der Stadtmitte und in den Stadtteilen Golzwarden und Hammelwarden. Das Gerätehaus in Hammelwarden ist ca. 80 Jahre alt und in einem schlechten Zustand. Deshalb wurde das neue Gebäude auch unter ökologischen Gesichtspunkten geplant und gebaut – dies war fester Bestandteil des Architektenwettbewerbs, der durchgeführt wurde. Drei unabhängige Feuerwehren in einer Stadt scheinen ein Luxus zu sein. Dies hat aber neben der hohen Brandlast aufgrund des Hafens noch andere Gründe. Diese Struktur ist historisch gewachsen. Die Verknüpfung zu Nachhaltigkeit ist folgende: Die Feuerwehren sorgen in Brake für Sicherheit, sind in den Stadtteilen ein sozialer Mittelpunkt und gewinnen so neue Mitglieder.

Jugendgemeinderat (Brand)

In der Gemeinde Brand gibt es seit 2001 einen Jugendgemeinderat mit einem eigenen Jugendbürgermeister, der auch im Gemeinderat zu Jugendthemen ein Mitspracherecht hat. Durch den Jugendgemeinderat wurde ein lang ersehnter Wunsch endlich Wirklichkeit: die Schaffung von eigenen Räumen für die Jugendlichen. Bereits im Oktober 2003 konnten die Räumlichkeiten mit Kicker, Billard, Tischtennis und Dart feierlich eröffnet werden. Der Raum wurde von den Jugendlichen selbst gestaltet und eingerichtet. Weiterhin bringen zahlreiche Veranstaltungen (Ferienprogramme, Grillfeste, Tagesfahrten, Karaoke-Shows, Müllsammelaktionen, ...) Abwechslung in den Alltag der Jugendlichen.

Wiederbelebung der Altstadt (Dachau)

Dachau ist eine Stadt im Münchener Norden, in der es neben der KZ-Gedenkstätte auch einige sehr alte Traditionen und eine historische Altstadt gibt. In dieser Altstadt waren früher unterschiedliche Betriebe und Geschäfte angesiedelt. Vor mehreren Jahren wurden jedoch zwei große Gewerbegebiete an den Rändern Dachaus ausgewiesen, was zur Folge hatte, dass viele kleine Betriebe in der Altstadt schließen mussten. Eine große Herausforderung in der Kommunalpolitik ist es nun, die Gestaltung der Stadt so anzugehen, dass die einzelnen Stadtteile für ihre Bewohner attraktiv bleiben. Aus diesem Grund werden die Bürger mit verschiedenen Projekten und Ideenwettbewerben an der Planung beteiligt.

Investition in neue Gewerbeflächen (Damme)

Anfang dieses Jahres hat unser Rat beschlossen, die Hofstelle „Schwertmann“ in den städtischen Außenbereich auszusiedeln, was mit Protesten der Anwohner verbunden war. Damit hat die Stadt Damme nun aber die Möglichkeit, eine Fläche von 36 Hektar Gewerbegebiet zu erschließen, da dieses Areal nicht mehr von Emissionen belastet ist. Als Entschädigung wurde eine hohe Summe bezahlt, welche zu neuen Kreditaufnahmen der Stadt führen wird. Die Stadt wird von dieser Entscheidung wohl erst in 20 bis 25 Jahren profitieren, da dann die Gewerbesteuererinnahmen sprudeln werden.

Energiewende 2030 (Ebersberg)

Der Kreisrat im Landkreis Ebersberg beschloss 2006 einstimmig, den Landkreis bis zum Jahr 2030 unabhängig von endlichen Energie-ressourcen zu machen.

Demografie-Ausschuss (Engelskirchen)

Die Gemeinde Engelskirchen befindet sich seit vielen Jahren in dem sogenannten „Haushalts-sicherungskonzept“. Große Ausgaben sind nicht möglich, und sollten diese doch anstehen, müssen sie streng nach einer Prioritätenliste abgearbeitet werden. Um dennoch nachhaltig zu arbeiten, wurde ein „Demografie-Ausschuss“ eingerichtet. Dieser befasst sich speziell mit Fragen des demografischen Wandels (z.B. Ausweisung von Baugebieten für junge Familien, Einrichtung von offenen Ganztagschulen, Angebote für Senioren). Jede Entscheidung aus anderen Ausschüssen oder dem Rat kann in den Demografie-Ausschuss geholt werden.

Dorferneuerung im Ortskern (Feilitzsch)

Im Zuge der Dorferneuerung wird in diesem Jahr in Feilitzsch in die Zukunft investiert. Neben der Erneuerung des Kanals sowie der Wasserleitungen wird der Mittelpunkt des Dorfes attraktiver gemacht. Es entstehen ein Mehrgenerationenhaus, eine Physiotherapiepraxis und ein Gebäude für eine Apotheke. Mit dieser Investition soll für die Zukunft vorgesorgt und der Dorfkern wiederbelebt werden.

Jugendsozialarbeit an der Volksschule (Forchheim)

Die Adalbert-Stifter-Schule in Forchheim versucht, alle Schüler sozial in die Schule einzu-binden und eine gute Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten. Die Jugend-sozialarbeit wird vom Freistaat Bayern gefördert und es werden u. a. ein Schülercafé, eine Fahrradwerkstatt, Schulfrühstück, sozialpädagogische Betreuung, Elternarbeit, ein Mäd-chen- oder Jungenprojekt angeboten. Außerdem werden Streitschlichter ausgebildet.



Neubau von Dunkelampelanlagen (Geeste)

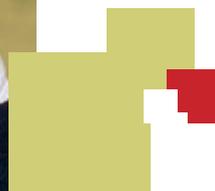
Die ländlich geprägte Gemeinde Geeste nutzte die unmittelbare Chance zur Sicherung der von Fußgängern und Fahrradfahrern besonders stark frequentierten Straßenübergänge durch eine Dunkelampel. Die innovative Dunkelampel ist wie eine normale Ampel anzusehen, die aber nur funktioniert, wenn man darauf drückt. In der sonstigen Zeit ist die Ampel ausgeschaltet. Neben dem größten Vorteil, der Sicherung der Schulwege, ist ein weiterer positiver Aspekt dieser Anschaffungen, dass die bisherigen Schülerlotsen – in der Regel Eltern der schulpflichtigen Kinder – nach langer Zeit eine endgültige Entlastung erfahren durften.

Erarbeitung eines Klimaschutzaktionsprogramms (Gehrden)

In Gehrden wird zurzeit in Zusammenarbeit mit der Klimaschutzagentur der Region Hannover und den Bürgern ein sogenanntes „Klimaschutzaktionsprogramm“ erarbeitet. Derzeit entwickeln 4 verschiedene Arbeitsgruppen (Regenerative Energien, Mobilität, Wirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft) verschiedene Ansätze, um das Klima nach dem Motto „Global denken – Lokal handeln“ vor Ort zu schützen. Es wird aber wichtig sein, darauf zu achten, dass das zu beschließende Programm am Ende nicht nur Soll-Bestimmungen enthält, sondern feste Regeln beinhaltet, welche die Stadt zu gewissen Aktionen verpflichten.

Musik zur Sprachförderung im Kindergarten (Germering)

In einem Kindergarten mit 2 Gruppen à 25 Kinder wird seit nunmehr 6 Jahren durch eine Musikerzieherin musikalische Sprachförderung betrieben. Dabei erhalten die Kinder pro Woche insgesamt eine Dreiviertelstunde Musikerziehung, bei der Sprachrhetorik und Rhythmik in Form von musikalischer Geschichtenerzählung geschult werden. Intention dieses Projektes ist es, das Sprachverständnis der Kinder zu verbessern, ohne dabei Kinder auszuschließen. Hierbei werden viele Ängste und Integrationsprobleme durch die Musik überwunden.



Das Element Wasser erlebbar machen! (Göttingen)

Im Göttinger Süden befindet sich der Kiesee, ein attraktiver Naherholungs- und Aufenthaltsort. Mittlerweile hat sich die Wasserqualität des Sees jedoch so verschlechtert, dass zumindest das aktive Erleben des Elements Wasser nicht mehr möglich ist. Auch für die Tierwelt im See verschlechtert sich die Situation zusehends. Um hier Abhilfe zu schaffen, soll für das Gebiet im Südwesten Göttingens die Fläche des Kiesees gegebenenfalls erweitert, aber zumindest eine optimale Erschließung der Randbereiche des Sees erzielt werden. Der bestehende Konflikt zwischen Naturschutz und Erholung soll durch mehr Raum am See abgeschwächt werden und es soll möglichst zu einer räumlichen Trennung der konkurrierenden Nutzungen kommen.

Familienfreundliche Siedlungspolitik im demografischen Wandel (Grävenwiesbach)

Die Gemeinde mit derzeit ca. 5395 Einwohnern liegt im Taunus am nördlichen Rand des Ballungsraumes Frankfurt/Rhein-Main. Der Zuzug von Bürgern bedeutet ein finanzielles Plus für die Gemeinden. Um die Gemeinde familienfreundlicher und damit interessanter für Zuzugswillige zu gestalten, wurden zwei konkrete Maßnahmen durchgesetzt: 1. Schaffung eines neuen attraktiven Baugebietes in Südhanglage. 2. Bauplatzbewerber für das neu geschaffene Baugebiet, in deren Haushalt mehr als zwei Kinder leben, erhalten für das dritte und jedes weitere Kind einen Nachlass auf den Quadratmeterpreis bis zu einem festgelegten Maximalbetrag pro Kind und Grundstück.

New Public Management in der Kommune (Groß-Gerau)

Um die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Verwaltung in Zeiten steigender Verschuldung und steigenden Anspruchsdenkens der Bürger zu sichern, ist ein effizienterer Ressourceneinsatz notwendig. Instrumente wie Public Private Partnerships (PPP) können die Finanzierung von wichtigen Infrastrukturvorhaben sichern und gleichzeitig Kosten senken. Aber auch intern lassen sich Strukturen der Kommunalverwaltung mit modernen Managementinstrumenten verbessern, z.B. führen leistungsabhängige Vergütung, Benchmarking, Controlling oder ein entwickeltes Vertragsmanagement zwischen Rat und Verwaltung zu einer erhöhten Steuerungsfähigkeit der modernen Kommune, die ihre Bürger als Kunden begreift.



Integrative Jugendarbeit vor Ort (Hannover)

Im hannoverschen Stadtteil Misburg gibt es seit einiger Zeit das Jugendzentrum „Villa“. Das Angebot richtet sich sowohl an deutsche als auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund. Im Jugendzentrum gibt es umfangreiche Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (Outdoor-Fußballturniere, Freiluftkino, Tanzkurse, Koch- und Backkurse sowie Radtouren etc.) und eine Zusammenarbeit mit anderen Akteuren im Stadtteil (andere Jugendtreffs, örtliche Real- und Hauptschule, Polizei, Sportvereine, Kirchen). Besonderer Schwerpunkt sind die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen im Umgang mit Medien und die Förderung der Selbstorganisation der Jugendlichen.

Gewinner sind die Kinder (Heilbronn)

Heilbronn hat als erste deutsche Großstadt zu Beginn dieses Jahres die Gebühren für Kindergartenplätze abgeschafft. Die bundesweite Resonanz war phänomenal. Die Befürchtung, dass die Qualität wegen der Gebührenfreiheit sinke, ist inzwischen durch Untersuchungen widerlegt worden und Heilbronn scheint eine der kinderfreundlichsten Städte Deutschlands zu werden. Denn Kinder als Chance zu begreifen und nicht als Last, ist der dringende Appell an die Zukunft. Was gibt es Schöneres, als hier für Nachhaltigkeit zu sorgen? Kostenlose Kindergärten liegen im Trend und Heilbronn hat hier eine Vorreiterrolle übernommen.

Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften (Hemmingen)

Zahlreiche kostenintensive Sanierungen der kommunalen Liegenschaften sind in den letzten Jahren in der Stadt Hemmingen durchgeführt worden. Im Energiebericht der Stadt Hemmingen sind auch signifikante Einsparungen zu verzeichnen. Aber das Verhalten der Verbraucher/Nutzer ist eines der entscheidenden Mittel, um Energie zu sparen. Deswegen wurde ein Antrag eingebracht, der vorsieht, dass kommunale Liegenschaften an ihrem Einsparerfolg unmittelbar beteiligt werden. Wenn also nicht mehr die anonyme Allgemeinheit zahlt, sondern jeder durch sein nachhaltiges Handeln am Erfolg beteiligt wird, wird Sparen Spaß machen und noch schonender mit Ressourcen umgegangen werden.

Mensa im Passivhausstandard (Hemmingen)

Im Zuge der Umwandlung der KGS Hemmingen in eine Ganztagschule wurde eine Mensa benötigt. Der Rat beschloss, eine Mensa im Passivhausstandard zu bauen, auch wenn die Baukosten höher sind als bei konventionellen Bauten. Allerdings gleichen die Einsparungen bei den Unterhaltungskosten dies nach gewisser Zeit aus. Nach dem Motto „Verluste minimieren und passiv solare Energie gewinnen“ funktioniert das Gebäude im Passivhausstandard. Durch eine hohe Wärmedämmung, den Einsatz einer Lüftungsanlage und hoch gedämmte Fenster mit Dreifach-Wärmeschutzverglasung spart man Energie und langfristig Kosten.

Nachhaltige und regenerative Stromerzeugung in Herne (Herne)

In Herne ist um die Jahrtausendwende der „Energiepark Mont-Cenis“ auf einer Zechenbrache entstanden, der sich in zwei große Projekte unterteilt: Zum einen befindet sich das deutschlandweit größte dachintegrierte Solarkraftwerk an der Außenwand der ansässigen Fortbildungsakademie des Landes NRW, auf der anderen Seite steht das grubengasbetriebene Blockheizkraftwerk (BHKW). Der gewonnene Strom wird ins Netz der Stadtwerke Herne eingespeist; mit der Wärme werden die Akademie Mont-Cenis, eine angrenzende Wohnsiedlung sowie ein Krankenhaus versorgt. Zusätzlich zu dem ökologischen Aspekt ist hier auch noch der Strukturwandel hervorzuheben, der das Ruhrgebiet bekanntlich stark getroffen hat.

Langfristige Verbesserung der Haushaltslage (Hildesheim)

In einer Stadt wie Hildesheim gibt es eine ganze Reihe von nachhaltigen Politikprojekten. Die wichtigste Aufgabe ist es angesichts von 300 Mio. Euro Schulden allerdings, eine nachhaltige Entwicklung zu gestalten, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung künftiger Generationen zu gefährden. Die Frage war dabei: Was muss eine Kommune selbst leisten, und was kann ein Dritter besser machen als die Stadt? Vor diesem Hintergrund wurde ein betriebswirtschaftliches Gutachten zur Optimierung des Regiebetriebes der Abwasserentsorgung in Auftrag gegeben. Das Ergebnis war die Umwandlung des Regiebetriebes in ein AöR-Betriebsführungsmodell.

Zukunftsorientierter öffentlicher Personennahverkehr (Hünstetten)

Der bedarfsorientierte Aus- und Umbau von Nahverkehrsnetzen hat nicht nur in Anbetracht steigender Energiekosten und des steigenden ökologischen Bewusstseins eine bedeutende Rolle im Alltag unserer Kommunalpolitik erlangt, sondern spielt auch eine besondere Rolle bei der Vernetzung mit und von Kleinzentren. Es ist ein zentrales Thema nachhaltiger Politik, für jeden die Möglichkeit zu schaffen, sich auch ohne eigenes Auto innerhalb einer Flächengemeinde und auch interkommunal zu bewegen; vor allem, da sich nicht jeder ein Auto leisten kann und auch Jugendliche auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen sind.



Fernwärmenetz (Hürth)

Hürth ist stark industriell geprägt. In den Kraftwerken fallen enorme Kapazitäten an Abwärme an. Vor 40 Jahren hat der Stadtrat die ersten Schritte eingeleitet, diese Abwärme in Form eines Fernwärmenetzes für die Bevölkerung nutzbar zu machen und die Umweltbelastungen durch Öl und andere Heizstoffe zu reduzieren. Inzwischen decken 50,2% der Hürther ihren Wärmebedarf aus diesem Netz, und der Ausbau geht immer weiter. Die Nachfrage ist riesig, weil die Preise nur zu einem geringen Anteil von der Ölpreisentwicklung abhängen – die Versorgung mit Fernwärme ist günstiger als mit Ölheizung, Erdgas oder Erdwärme.

Neues regionales Profil (Idsteiner Land)

Das Idsteiner Land umfasst mit etwa 55.000 Einwohnern rund ein Drittel des gesamten Rheingau-Taunus-Kreises und bietet damit etwa gleich vielen Menschen eine Heimat wie der Rheingau. Die Betrachtung einer Region wird künftig eine stärkere Rolle spielen als nur der Blick auf eine Gemeinde oder gar nur einen Ortsteil. Es kann ein entscheidendes Standortkriterium sein, ob man als Gemeinde der Region „Idsteiner Land“ mit allumfassenden Infrastrukturangeboten wahrgenommen wird – oder etwas eingeengt als Flächengemeinde mit 10.000 Einwohnern in 10 Ortsteilen.

Bürgersolaranlage (Langen)

Die Bürger der Stadt Langen finanzieren eine Solaranlage auf städtischen Gebäuden über Darlehen und werden am Gewinn beteiligt. Die Stadtwerke beteiligen sich sowohl an der Finanzierung als auch am Gewinn und organisieren die Darlehensvergabe an die Bürger.

Energetische Sanierung – Stadt geht voran! (Lehrte)

Wir haben in unserer Kommune einige ältere städtische Gebäude. Zur energetischen Sanierung haben wir ein 5-Jahres-Finanzprogramm aufgelegt. Für die gesamte Zeit stehen in unserem Haushaltsplan Gelder zur Verfügung, um unser Rathaus, unsere Turnhallen u. v. m. energetisch zu sanieren. Zusätzliche Wärmedämmung und neue Dächer bringen uns Einsparungen, von denen auch die Nachwelt profitieren wird.



Schulentwicklung (Limburg-Weilburg)

Kein anderes Thema im Landkreis Limburg-Weilburg steht mehr unter der Maxime Nachhaltigkeit als die Schulentwicklung. Der Schulentwicklungsplan für weiterführende Schulen und für berufliche Schulen wurde in diesem Jahr beraten und abgestimmt. Dabei wurde dieser gegen alle Gewohnheit an eine externe Beraterfirma weitergegeben, um ein möglichst neutrales Gutachten zu erhalten und die weiteren Beratungen für den Schulentwicklungsplan einfacher zu gestalten. Als Ergebnis wurde beschlossen, dass keine Schule geschlossen und teilweise ein jahrgangsübergreifender Unterricht eingeführt werden soll. Zudem wurde der Elternwille befolgt und eine weitere IGS im Kreis installiert.

Erneuerbare Energie / Bioenergiedorf (Main-Kinzig-Kreis)

Mit rund 410.000 Einwohnern ist der Main-Kinzig-Kreis der bevölkerungsreichste Landkreis in Hessen und ein Landkreis voller Gegensätze. Während E.ON in der Nähe von Hanau den weltgrößten Kohlekraftwerksblock geplant hat, eignet sich der östlichere Teil des Landkreises hervorragend zur Gewinnung erneuerbarer Energien. Schon heute werden 28% aller Bürger des Main-Kinzig-Kreises mit heimischem Ökostrom aus 38 Windkraft-, 6 Biogas-, 45 Wasserkraft- und über 1600 Fotovoltaikanlagen versorgt. Jossgrund-Burgjoss, eine Gemeinde des Main-Kinzig-Kreises, will den Klimaschutz vorleben und wird Ende 2008 das erste bürgerschaftliche Energieversorgungsnetz im Main-Kinzig-Kreis in Betrieb nehmen.



Kampagne Bioregio (Marburg-Biedenkopf)

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf will bei der Einführung erneuerbarer Energien Vorreiter sein. Ziel ist es, bis zum Jahr 2010 mindestens 10% des riesigen Energiebedarfes im Landkreis zu produzieren und bis zum Jahr 2040 unabhängig von fossilen und atomaren Energieträgern zu werden. In dem vom „Kreis-Kompetenzteam Erneuerbare Energien“ erarbeiteten Konzept zur Förderung erneuerbarer Energien werden Potenziale, Aktivitäten und Maßnahmen genannt, die Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen. Hierzu gehört u. a. die Nutzung von Biomasse, Solarenergie und Wasserkraft. Ziele sind die Stärkung der heimischen Landwirtschaft / Wirtschaft, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie mehr Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit im Energiesektor.

Entwicklungskonzept Else-Aue (Melle)

Der Fluss „Else“, welcher durch Melle fließt, ist auf langen Strecken begradigt, mit starrem Trapezprofil und gleichbleibender Geschwindigkeit. Er weist eine fehlende Wasserdynamik auf, hat wenig Bewuchs in den Auenbereichen und wird bis an das Gewässer heran landwirtschaftlich genutzt. Ziel des Entwicklungskonzeptes Else-Aue ist es, einerseits die Strukturgüte des Flusses zu verbessern und ihn zu einem natürlichen Fließgewässer zu entwickeln und andererseits die Europäische Wasser-rahmenrichtlinie („Erreichen eines guten ökologischen Zustandes“) zu erfüllen.

Wohnen im Alter (Melle)

Anfang dieses Jahres wurde in Melle das Thema „Wohnen im Alter“ bzw. „Zukunft des Wohnens in Melle“ thematisiert. In Zusammenarbeit mit örtlichen Handwerkern, Architekten, Kreditinstituten, Pflegeeinrichtungen usw. bereitete sich die Stadt auf verschiedene Diskussionsveranstaltungen zu dieser Fragestellung vor. Um den Herausforderungen des demografischen Wandels auf lokaler wie persönlicher Ebene zu begegnen, ist es ein wichtiges Anliegen der Stadt Melle, ihren Bürgern eine fundierte Hilfestellung zur Wohnplanung im Alter zu geben, mit dem Ziel, Senioren auf Wunsch ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Jugendplatz in Rühle (Meppen)

Das Dorf Rühle (Kreisstadt Meppen) hat im Frühjahr einen Jugendplatz eingeweiht. Dabei handelt es sich um ein Modellprojekt, welches komplett von den Jugendlichen, Kindern und Erwachsenen in Rühle erarbeitet wurde. Die Idee entstand 2006 bei einem Gespräch zwischen dem Ortsvorsteher und einigen Rühler Jugendlichen. Die Kosten wurden mithilfe der Firma Exxon Mobile, der Oldenburgischen Landesbank, des Landkreises Emsland und der Stadt Meppen finanziert und das Projekt wurde unter Mithilfe aller umgesetzt. Somit kann man sagen, dass der Jugendplatz ein vorbildliches Beispiel für jugendliches ehrenamtliches Engagement, aktive Bürgerbeteiligung und gemeinschaftliche Schaffenskraft ist.

Umstellung des Schlossgutes Kühbach auf erneuerbare Energien (Mering)

Im Frühjahr 2005 wurde damit begonnen, das Schlossgut Kühbach mit seinen Betriebsteilen Brauerei sowie Land- und Forstwirtschaft komplett auf regenerative Energien umzustellen. Es wurde eine Fotovoltaikanlage auf den Dächern der Gutsverwaltung installiert und eine Biogasanlage gebaut, um den gewonnenen Strom in das öffentliche Stromnetz einzuspeisen. Seitdem werden die gesamten Liegenschaften des Schlossgutes Kühbach, zahlreiche gewerbliche und private Dritte sowie öffentliche Gebäude mit Heizwärme versorgt, weitere sollen in Zukunft folgen. Für diese Leistungen verlieh der Landkreis Aichach-Friedberg dem Schlossgut Kühbach den Umweltpreis 2006.

Energiekonzept (Moosbach)

Die Gemeinde Moosbach hat ein Gutachten für ein Energiekonzept in Auftrag gegeben, das am 10.6.2008 veröffentlicht wurde. Bisher ist geplant, durch die Finanzierung bzw. Zusammenarbeit der Kirchen-/Pfarrgemeinde Moosbach und der Gemeinde Moosbach eine Wärmeversorgung aller öffentlichen Gebäude durch den Bau einer zentralen Wärmeversorgungsanlage sicherzustellen. Hierbei sollen örtliche Bauern durch die Gründung eines Betreiberkonsortiums mit ins Boot geholt werden.

Energiesparen 50/50 an Grundschulen (München)

Seit einigen Jahren wird den Grundschulen Münchens von der Stadt ein lukratives Geschäft angeboten: Wenn die Schule Energiekosten spart, bekommt sie die Hälfte der gesparten Kosten für eigene Zwecke zurück. Über die Vermeidung von Verschwendung (Licht brennt, wenn keiner im Raum ist; „Heizen der Straße“) kann die Schule erhebliche Summen einspielen – eine der besonders „sparsamen“ Schulen erwirtschaftete so allein im letzten Jahr an die 7500 Euro. Dieses Geld steht der Schule für andere Dinge zur Verfügung; Es wurden z.B. nun Bewegungsmelder installiert, damit die Lichter auf dem Gang nicht ständig brennen; schon wieder kann gespart werden.

Moschee (München)

Sendling ist seit mehreren Jahren ein Stadtteil im Wandel; mehr und mehr wird er Treffpunkt für eine große türkische Community. Als bekannt wurde, dass der Moscheeverein DiTim eine große Moschee direkt gegenüber der katholischen Kirche errichten will, heizte sich die Stimmung richtig auf. Es wurde auf Bürgerversammlungen starke Kritik geäußert, die teilweise sogar als radikal-nationalistisch bezeichnet werden muss. Auf beiden Seiten machten sich Angst und Ablehnung breit. Um da einzugreifen, wurden Treffen und interkulturelle Spaziergänge zwischen den Religionsgruppen organisiert. Zwar ist die Skepsis nicht vollständig abgebaut, aber die Migranten haben erkannt, dass wir sie integrieren wollen.



Nach der Globalisierung (Nordhorn)

Nordhorn an der niederländischen Grenze war über 100 Jahre durch die Textilindustrie geprägt. Der wirtschaftliche Umbruch in der Textilbranche hinterließ tiefe Spuren im sozialen Gefüge und im Erscheinungsbild der Stadt. 1978 wurde die Produktion in der Textilfabrik Povel endgültig aufgegeben. Anschließend Abrissarbeiten sollten zu einer möglichst schnellen Neunutzung des Geländes führen, was aber zunächst durch eine hohe Bodenverschmutzung aufgrund von Altlasten verhindert wurde. Ein innovatives Sanierungskonzept führte dazu, dass das Gelände heute attraktive Wohn- und Geschäftsräume bietet. Der ehemalige Turm der Fabrikanlage wurde als historisches Bauwerk erhalten und beherbergt heute ein Textilmuseum. In einer alten Webereihalle entstand ein modernes Zentrum für Kultur und Tourismus.



Bau eines Fotovoltaikparks (Nottuln)

Vor etwas mehr als 10 Jahren sind sehr große Flächen Land mit dem Ziel gekauft worden, diese als Bauland zu vermarkten. Mittlerweile ist der Markt dafür nicht mehr vorhanden und die Fläche liegt brach. Anfang dieses Jahres hat der Gemeinderat beschlossen, auf diese 70.000 Quadratmeter Fläche eine Fotovoltaikanlage zu bauen. Die Anlage wird im Oktober 2008 ans Netz gehen und dann jährlich 650 Tonnen CO₂ einsparen.

Nachhaltiger Schwimmbadneubau (Oberursel)

In Oberursel wurde in den 1930er-Jahren ein Freibad angelegt, in den 1970er-Jahren kam in unmittelbarer Nachbarschaft ein Hallenbad hinzu. Nun sind beide Anlagen sehr in die Jahre gekommen und renovierungsbedürftig. Die Idee ist, Hallen- und Freibad zu einem Badebetrieb zu vereinen und die starken Synergien zu nutzen. Hierfür wird aber ein kompletter Schwimmbadneubau gebraucht, der zu finanzieren ist. Der entwickelte Lösungsvorschlag: Der bisherige Parkplatz soll als Baugebiet verkauft werden und anstelle des alten Hallenbads sind neue Parkflächen anzulegen. Mit Blick auf die demografische Entwicklung soll der barrierefreie Neubau das Bad für die Bürger einfacher zugänglich machen.

Familienfreundlichkeit (Oestrich-Winkel)

Oestrich-Winkel hat als eine der wenigen Kommunen im Rheingau-Taunus-Kreis (RTK) eine gut funktionierende, nachhaltige Familienpolitik. Eine Differenzierung der Einzelmaßnahmen zeigt, was das als Ganzes gesehene Paket „Familienfreundliches Oestrich-Winkel“ ausmacht: beitragsfreies drittes Kindergartenjahr, Mehrgenerationenhaus (seit dem 31.5.2008), Erhalt der historischen Ortskerne, Erhalt der bestehenden Grundschulen, „Oestrich-Winkel bleibt lebendig – gegen den Trend“, Hilfsbörse für Alzheimer- und Demenzpatienten sowie Vereinsförderung.

Mehrgenerationenhaus (Oestrich-Winkel)

Mit dem „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ fördert der Bund 500 Mehrgenerationenhäuser in Deutschland. Nachdem ein entsprechender Antrag der Stadt Oestrich-Winkel positiv beschieden wurde, entstand in der Folge im Gemeindehaus einer örtlichen Kirchengemeinde ein „Kommunikations- und Beratungszentrum für alle Generationen“, das am 31.5.2008 eingeweiht wurde. Hier finden Workshops, Vorträge, Nachhilfe und PC-Kurse sowie Sprachkurse für Migranten statt. Diese Orte sind ein „Miteinander der Generationen“ und füllen dieses Miteinander mit Leben, um den prognostizierten demografischen Wandel mittel- bis langfristig nicht nur zu verwalten, sondern auch aktiv zu gestalten.

Neugründung eines Jugendparlaments in einer Samtgemeinde (Oetzen)

In einer Samtgemeinde wird jetzt ein Jugendparlament gegründet, um das Interesse von Kindern und Jugendlichen für Politik nachhaltig zu wecken.

Kinder- und Jugendparlament (Offenbach)

Unter dem Motto „Geht nicht – gibt’s nicht“ gibt es in Offenbach seit 10 Jahren ein Kinder- und Jugendparlament. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche an den Entscheidungen der Kommunalpolitik, die sie betreffen, zu beteiligen. Der Stadtverordnetenvorsteher als Schirmherr sorgt für die Verknüpfung mit der Stadtverordnetenversammlung und ist sich nicht zu schade, Ideen und Anträge des Kinder- und Jugendparlaments in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Außerdem wird versucht, mit Diskussionsveranstaltungen Interesse an der Politik zu wecken und Oberbürgermeister und Abgeordnete an die Schulen zu bringen.



Nahwärmeversorgung durch eine Biomasse-Heizanlage (Pfungstadt-Hahn)

Die Stadt Pfungstadt weist ein neues Baugebiet mit 70 bis 80 Wohneinheiten aus. Hierfür erlässt die Stadtverordnetenversammlung eine Satzung zur verpflichtenden Nutzung einer Nahwärmeversorgung durch eine Biomasse-Heizanlage. Hauptziel ist die Verminderung von Emissionen, die aus der Bereitstellung von Heizwärme und Warmwasser in dem neuen Baugebiet entstehen. Gerade die Entwicklung energiesparender Neubaugebiete ist ein Feld, in welchem eine Gemeinde durch kommunales Handeln direkt Einfluss nehmen kann. Nahwärme ist eine moderne Alternative zu herkömmlichen Heizungsanlagen im Haus.

Renaturierung der Emscher (Recklinghausen)

Zukünftig werden Haupt- und Nebenläufe wieder zu naturnahen Gewässern in einer Region, die den Wandel vom Schwerindustriestandort zu einem Standort für Dienstleistungen und Hochtechnologie bewältigt hat. Der Emscher-Umbau ist eine planerische und technische Herausforderung, denn auf über 80 Kilometern Länge soll mitten im größten Ballungsraum Europas ein Fluss zurückkehren, der heute nur als offener Abwasserlauf existiert. Mit ihren Auen und einer Reihe weiterer begleitender Strukturen wird die Emscher ein neues, attraktives und unverwechselbares Gesicht erhalten. Durch den „Strom der Bäume“ kehrt der Fluss nicht nur als Gewässerlebensraum, sondern auch als Landschaftstyp wieder.

Solarsiedlung (Rhede)

Die Landesregierung NRW fördert insgesamt 50 Solarsiedlungen. Die Stadt Rhede ist diesem Aufruf 1999 gefolgt. In zahlreichen Workshops, Bauherrentreffen sowie Schulungsseminaren zum energiesparenden Bauen und Wohnen sind das städtebauliche Konzept, die Gestaltungsleitlinien, der Bebauungsplan und Vertragsinhalte erarbeitet worden. Architektonische und energetische Lösungen haben die Solarsiedlung zu dem werden lassen, was sie heute ist: ein Vorzeigeprojekt im Sinne des Klimaschutzes. Nach diesem Prinzip gibt es in Rhede noch weitere Projekte zu alternativen Energien: Windkraftanlagen, Holzhackschnitzelanlage, Biogasanlagen, Wasserkraftnutzung und etliche Fotovoltaikanlagen.

Einführung der Doppik (Ronnenberg)

Als erste Kommune der Region Hannover hat die Stadt Ronnenberg 2007 das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) eingeführt. Ab 2011 ist die „Doppelte Buchführung in Konten“ in Niedersachsen Pflicht. Durch die Einführung des NKR ist der Haushaltsplan leichter zu lesen, unrentable Projekte und Einsparmöglichkeiten können damit besser identifiziert werden. Aufgrund der immensen Schulden der Kommune ist die Einführung des NKR deshalb nachhaltig, weil es beim Abbau der Schulden behilflich ist.

Bio-Essen in der Kita-Küche (Ronnenberg)

Ernährung ist ein wichtiges Thema, gerade bei den Kleinsten unter uns. Kinder lernen erst, welches Essen gut für sie ist und welches sie eher meiden sollten. Leider kommt die Bedeutung der Ernährungsaufklärung in vielen Familien zu kurz, daher ist es umso wichtiger, dass öffentliche Betreuungs- und Bildungsstätten den Kindern ein gesundes Essen anbieten. Vor diesem Hintergrund haben wir uns in unserer Kommune Ronnenberg dafür eingesetzt, dass es nun Bio-Essen in der Kita-Küche gibt. Die Preiserhöhung ist minimal, und die Eltern haben dieses Angebot sehr gut angenommen.





Schulalltag mal anders: Sebastian-Kneipp-Grundschule (Saubach)

In der Sebastian-Kneipp-Grundschule in Saubach wird durch Einbindung der Kneipp'schen Gesundheitslehre in den Schulalltag versucht, gesundheitsbewusstes Verhalten schon bei den Kleinsten zu fördern. Dabei steht sowohl die Bewegung der Kinder als auch die tägliche Anwendung des Kneipp'schen Wasserkonzepts im Vordergrund. Außerdem wird bei der Ernährung der Kinder darauf geachtet, dass täglich ein gesundes Frühstück, eine warme Mittagsmahlzeit und ein Milch- und Teeangebot vorhanden sind. Als Ergänzung werden im Schulgarten Kräuter und andere Pflanzen gesammelt, um z.B. Kräuteröle und Tees selbst herzustellen. So bekommt man eine positive Entwicklung für die Kinder, aber auch Impulse für die Eltern.

Zukunft der Feuerwehren in den Ortsteilen (Schönbrunn)

Die Gemeinde Schönbrunn im Steigerwald hat neben dem Hauptort 8 kleinere Ortsteile mit 4 Ortsfeuerwehren. Je Ortswehr sind jeweils nur ein über 40 Jahre alter Tragkraftspritzenanhänger und eine Unterstellmöglichkeit vorhanden. Die Personalsituation ist in allen Außenorten gut, aber die Ausstattung ist überholungsbedürftig. Die Schönbrunner Wehr verfügt im Gegensatz dazu über ein neues Löschgruppenfahrzeug, hat aber in der Personalgewinnung durchaus Probleme. Die finanzschwache Gemeinde Schönbrunn steht nun vor einem Scheideweg: Stärkung der Schönbrunner Feuerwehr mit knappem Personal und dem Zusammenbruch der Ortsfeuerwehren oder die teurere und eventuell unfinanzierbare Stärkung und Investition in die Ortswehren.

Neugestaltung des Ortskerns (Schöneck)

Nachdem nun nach 35 Jahren die Umgehungsstraße des Schönecker Ortsteils Kilianstädten realisiert werden konnte und hierdurch eine spürbare Entlastung des Verkehrsaufkommens im alten Ortskern erreicht wurde, wird die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre die Neugestaltung der Ortsdurchfahrt und des Ortskerns sein. Hierfür wird aufgrund des hohen finanziellen Aufwands eine gut durchdachte und vor allem nachhaltige Planung erforderlich sein. Nachdem sich der Bau von Supermärkten, Banken etc. auf einen an der Ortsgrenze liegenden Punkt konzentriert hat, muss der Ortskern insbesondere wieder Einkaufsmöglichkeiten bieten, wo sich gerade ältere Menschen auf kurzem Wege versorgen können.

Parallelinfrastruktur in Zeiten des demografischen Wandels (Seeheim-Jugenheim)

Unsere Gemeinde Seeheim-Jugenheim besteht aus sieben Ortsteilen. Historisch bedingt ist in jedem Ortsteil noch Kirchturmpolitik aus der Zeit ersichtlich, als es noch keine umfassende Gemeinde gab: So gibt es eine Vielzahl an Bürgerhallen, Feuerwehren sowie zwei Schwimmbäder. Nun stellt sich durch den demografischen Wandel allerdings die Frage, inwiefern diese Art der Parallelinfrastruktur noch Zukunft hat. Statt immer mehr Geld in das Stopfen von Löchern zu stecken, könnte z.B. ein eigener Taxidienst eingerichtet werden, sodass den nicht mobilen Personen die Chance gegeben wird, die Infrastruktur mit zu nutzen. Allerdings ist zu vermuten, dass diese Entscheidung unpopulär ist und damit nicht getroffen wird.

Nachhaltige Tourismusförderung: „Grube Fortuna“ (Solms)

Neben den vielen noch existierenden Bauwerken und Stollenlöchern erinnert heute nur noch das Besucherbergwerk „Grube Fortuna“ im Lahn-Dill-Kreis an die Zeit des Eisenerzbergbaus. Die Fortuna wurde 1983 als letztes hessisches Bergwerk geschlossen. Auf Initiative von Kreis und Förderverein konnte es 1986 als Besucherbergwerk wieder eröffnet werden. Auch mithilfe des Landes konnte bis heute ein touristisches Juwel entstehen, denn: Besucherbergwerk mit Schachtbetrieb und originalen, funktionstüchtigen Gerätschaften sowie das sich ebenfalls auf dem Gelände befindliche Feld- und Grubenbahnmuseum sind in dieser Kombination einmalig in Europa. Allerdings besteht nun die Gefahr der Schließung, da kein Geld in den Gemeindekassen ist.

Interkommunale Zusammenarbeit im ländlichen Raum (Solms, Braunsfels, Leun)

„Gemeinsam stark sein“. Unter diesem Motto steht die interkommunale Zusammenarbeit. Sinn macht die Kooperation vor allem zwischen Kommunen im ländlichen Raum, da diese aufgrund ihrer Größe oft unter zu geringer Auslastung bzw. vergleichsweise hohem Investitionsaufwand leiden. In den Kommunen Solms, Braunsfels und Leun gibt es derzeit Bestrebungen, Synergieeffekte durch Kooperation zu nutzen. Profitieren könnten die Kommunen in vielerlei Bereichen, z.B. durch wirtschaftliche Vorteile, da in der interkommunalen Zusammenarbeit große Einsparpotenziale liegen. Dabei geht es jedoch nicht nur um Einsparungen, sondern auch um einen Erfahrungs- und Informationsaustausch.

Finanzierung der Kosten für die Abwasserentsorgung (Steinau an der Straße)

Unsere Stadt ist mit zahlreichen Stadtteilen in Außenbereichen ländlich geprägt, wodurch sich (u.a. wegen der großen Entfernungen) Probleme bei der Abwasserentsorgung ergeben. Die Lösung dieser Probleme liegt in einer dezentralen Organisation der Abwasserentsorgung, da kostenintensive Investitionen in eine Abwasserinfrastruktur aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen und entsprechend geringer Netzauslastung nochmals gewaltige Mengen an Kapital verschlingen würden. Unser Ziel ist es jedoch, kommenden Generationen kein hunderte Kilometer langes Kanalnetz zurückzulassen, das aufwendig gewartet und unterhalten werden muss, und damit die Kosten für die Abwasserentsorgung auch in Zukunft bezahlbar zu halten.

Landschaftsschutz statt Treibhaus-Cluster (Straelen)

Wir haben in unserer Gemeinde ein schönes und wichtiges Naherholungs- und Landschaftsgebiet, in dem die größte Blumen- und Gemüseversteigerung Deutschlands ein 120 bis 170 Hektar großes Glashaus-Cluster bauen wollte. Hierzu haben wir u.a. den Antrag auf Landschaftsschutz des NABU unterstützt, um dieses Vorhaben zu verhindern. Das Gebiet stellt eine wichtige Verbindung für das „grüne Band“ zwischen Nijmegen, NL, und Roermond, NL, dar. Die landwirtschaftlichen Betriebe auf dem Gebiet wären durch das Treibhaus-Cluster vernichtet und die lokalen Garten-Familienbetriebe in ihrer Existenz bedroht worden.



„Mama lernt Deutsch“ (Sulingen)

Die Stadt Sulingen bietet seit geraumer Zeit spezielle kostenlose Sprachkurse für ausländische Mütter an. Sie finden am Abend in den Klassenräumen von Schulen statt und werden immer besser durch die Mütter angenommen. Im Vordergrund steht bei den Müttern der Wunsch, die Möglichkeiten der eigenen Kinder zu verbessern. Da Integration heutzutage größtenteils über die einheimische Sprache verläuft, nahm sich die Stadt Sulingen dieses Problems an und kann somit hoffentlich helfen.



Integration durch Deutsch-Türkischen Freundeskreis (Sulzbach am Main)

Jeder redet von Integration. Sie zu unterstützen ist allerdings sehr schwer. Wir in Sulzbach am Main haben hier einen guten Weg gefunden. Auf Initiative von zwei türkischen Mitbürgern wurde 2006 der Deutsch-Türkische Freundeskreis gegründet, in dem jetzt Türken und Deutsche Integration leben. Ziel des Kreises ist es, das Verständnis füreinander zu fördern, sodass ein friedliches Zusammenleben besser funktioniert. Dies geschieht durch zahlreiche Aktionen, z.B. die Besichtigung der katholischen Pfarrkirche sowie der regionalen Moschee, ein Fastenessen und einen Stand auf dem Dorffest. Das Projekt trägt damit maßgeblich zum gegenseitigen Verständnis bei.

Nachhaltige Energiepolitik (Troisdorf)

Der Rat der Stadt Troisdorf hat die Weichen für eine zukunftsfähige Energieversorgung gestellt. Ziel ist es, dass bei allen Neubauten möglichst alternative Energieträger wie Fotovoltaikanlagen eingesetzt werden und die Energiebilanz von sanierten Gebäuden durch wärmedämmte Fenster und Fassaden verbessert wird. Ferner ist die Stadt Troisdorf über ihre städtische Tochter Stadtwerke Troisdorf GmbH Partner im „Green GECCO“, einem gemeinsamen Projekt der Stadtwerke NRW, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Dabei sollen Konzepte in den Bereichen Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Bioerdgasanlagen realisiert werden.

Energieagentur Steinwald GmbH (Waldershof)

Die Energieagentur Steinwald GmbH ist eine Gesellschaft mit 7 Gemeinden. Ziele der Agentur sind: dezentrale Energieversorgung durch Wärme, Strom und Kraftstoffe, Erstellung eines Energiekonzeptes für künftige Planungssicherheit, energetische Rohstoffproduktion in der Region, Absicherung durch langfristige Verträge, Einbindung aller Partner sowie die mehrheitliche Mitsprache der Kommunen.

Bauplanung (Wedemark)

Die Gemeinde Wedemark ist eine ländliche Dorfgemeinschaft mit Feldern, Wäldern, Bauern und Wiesen. Um Geld in die Kassen und Einwohner in die Gemeinde zu bekommen, wurden in den letzten Jahrzehnten verstärkt Bau- und Gewerbegebiete ausgewiesen. So konnte sich die Wedemark über zahlreiche neue Supermärkte, Wohngebiete und Firmen freuen. Dies ist insofern positiv, dass damit der finanzielle Spielraum der Gemeinde gewachsen ist, allerdings ist in letzter Zeit ein sinkendes Nutzerinteresse an Bau- und Gewerbegebieten zu verzeichnen. Außerdem beginnen die dörflichen Strukturen zu verschwinden und zu verschwimmen. Die Frage ist also: Wo will man mit der Wedemark hin? Für mich gehört zu Nachhaltigkeitspolitik auch, dass man sich mit einer vorausschauenden Bauplanung beschäftigt und ermittelt, wo in den nächsten 20 Jahren noch neue Flächen ausgewiesen werden können und wo es unnötig ist.



Flächennutzungsplan 2020 (Witten)

Mit Ratsbeschluss vom 10.5.2004 wurde die Verwaltung beauftragt, einen neuen Flächennutzungsplan für die Stadt Witten aufzustellen und die dafür notwendigen Personalressourcen einzuplanen. Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans erfordert ein Stadtentwicklungskonzept, das die entwicklungsplanerischen Grundlagen zur Verfügung stellt und die Handlungsperspektiven für die weitere Stadtentwicklung erarbeitet. Entsprechend der Geltungsdauer des neuen Flächennutzungsplans erstreckt sich der Planungshorizont des Stadtentwicklungskonzepts bis 2020. Diese Aufgabenstellung soll in engem Zusammenspiel von Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung gemeinsam mit den Witterner Bürgern bewältigt werden.

Regionaler Gewerbeflächenpool Neckar-Alb (Zollernalb)

Meistens sind geniale Ideen einfach – zumindest auf den ersten Blick. Genau das trifft auch auf die Idee des Regionalen Gewerbeflächenpools zu, die von 22 Gemeinden des Zollernalbkreises modellhaft ausgearbeitet wurde: Alle beteiligten Gemeinden bringen potenzielle Gewerbegrundstücke in den Pool ein, die nach ökonomischen und ökologischen Kriterien monetär bewertet werden. Wird nun ein Gewerbegebiet verkauft, erhält jede Gemeinde genau den Anteil am Verkaufserlös und der eingehenden Gewerbesteuer, der ihrem Anteil am Gesamtpool entspricht.



Der Rat für Nachhaltige Entwicklung

Horst Frank,
Oberbürgermeister der
Stadt Konstanz



Dr. Volker Hauff,
Vorsitzender des Rates für
Nachhaltige Entwicklung,
Senior Vice President
BearingPoint GmbH



Prof. Dr. Ute Klammer,
Professorin für Politikwissenschaften,
insbesondere Sozialpolitik an der
Universität Duisburg-Essen



Dr. Hans Geisler,
Sächsischer Staatsminister
für Soziales, Gesundheit,
Jugend und Familie a. D.

Prof. Dr. Georg Teutsch
Wissenschaftlicher Geschäftsführer
Helmholtz-Zentrum für
Umweltforschung GmbH-UFZ



Prof. Dr. Edward G. Krubasik,
Honorarprofessor an der
TU München



Christiane Underberg,
Mitinhaberin Underberg KG



Prof. Dr. Jürgen Rimpau,
Vorstandsmitglied der Deutschen
Landwirtschaftsgesellschaft e. V.,
Halberstadt

Der Imagefilm auf DVD

Was verstehen Sie unter Nachhaltigkeit? Was sind für Sie die dringlichsten Herausforderungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung? Gibt es vorzeigbare Projekte? Diese und andere Fragen beantworten die Mitglieder des Rates für Nachhaltige Entwicklung in einem 10-minütigen Film. Dieser kann angesehen und heruntergeladen werden unter:
www.nachhaltigkeitsrat.de



Marlehn Thieme,
Mitglied im Rat der
Evangelischen Kirche
in Deutschland



Dr. Angelika Zährnt,
Ehenvorsitzende des Bundes
für Umwelt und Naturschutz
(BUND)



Prof. Dr. Klaus Töpfer,
ehem. Executive Director des United
Nations Environment Programme (UNEP),
stellvertretender Vorsitzender des Rates
für Nachhaltige Entwicklung



Thomas Loster,
Leiter der Münchener
Rück Stiftung

Michael Vassiliadis,
Mitglied des geschäftsführenden
Hauptvorstandes der IG BCE



Hubert Weinzierl,
Präsident des Deutschen
Naturschutzinges (DNR)

Impressum

© 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Grafik-Design: www.bert-odenthal.de
Lektorat: Petra Thoms, Berlin
Fotos: Frank Peters, © Rat für Nachhaltige
Entwicklung
Gedruckt auf Envirotop (aus 100 % Altpapier)

Zukunft erlesen



Aktuelle Publikationen 2008

Die gesamte Liste finden Sie unter:
www.nachhaltigkeitsrat.de

Die Konferenz als Film und weitere Informationen
Auf der Internetseite des Rates finden Sie unter der Rubrik „Termine“ weitere Informationen zur Konferenz. Darunter einen 4-minütigen Film, einen Film mit Interviews der Teilnehmer, die Langfassungen der Beispiele und eine Fotogalerie.





Teilnehmerliste

Lisa	Badum	Forchheim	Karina	Lehmann	Hemmingen
David Christian	Beecken	Trebel	Julia	Lehwalder	Weilmünster
Alexander	Biber	Troisdorf	Julia	Lerche	Bitterfeld
Steffen	Blum	Bad Salzschlirf	Max	Luichtl	Mering
Simon	Breuser	Bensheim	Lisa	Maack	Ronnenberg
Lars	Brzyk	Weißenfels	Daniel	Mack	Bad Orb
Armin	Bulenda	Moosbach	Till	Meickmann	Osnabrück
Philipp	Burkhardt	Ronnenberg	Jonas	Merzbacher	Gundelsheim
Irma	Buschmann	Lampertheim	Heike	Messing	Rhede
Frank	Cieslik	Biebergemünd	Jens	Mohr	Solms
Özlem Alev	Demirel	Köln	Niklas	Mühleis	Wedemark
Rebecca	Dibbern	Barmissen	Simon	Nowack	Witten
Sven	Diener	Hünstetten	Ingo Claus	Peter	Dreieich
Thorsten	Dietrich	Büttelborn	Elmar	Plüntsch	Bad Arolsen
Jan	Dingeldey	Hemmingen	Julian	Rabe	Seelze
Christian	Doleschal	Brand	Mario	Rabenbauer	Waldershof
Esther	Eckart	Fulda	Daniel	Reckling	Oberusel (Ts.)
Katharina	Engert	Bürstadt	Dagmar	Reich	München
Florian	Ewald	Damme	Stephan	Renner	Hürth
Jonas	Glüsenkamp	Belm	Marcel	Riethig	Bovenden
Konstantin	Großmann	Biblis	Cordula	Rutz	Tübingen
Stefan	Gruhner	Schleiz	Hanna	Sammüller	München
Martin	Haller	Lambsheim	Frank	Scheller	Schönbrunn
Thomas	Harpenau	Melle	Christian	Schmans	Hannover
Moritz	Hegemann	Nottuln	Martin	Schmid	München
Carina	Hekler	Heilbronn	Maximilian	Schmidt	Winsen
Tobias	Hensel	Ganderkesee	Sebastian	Schmitt	Bischofsheim
Nikolay	Herber	Steinau an der Straße	Jens	Schnabel	Feilitzsch
Carl-Martin	Hißler	Berlin	Tim	Schönwetter	Solms-Burgsolms
Patrick	Hoare	Hannover	Mareike	Schreiber	Melle
Christian	Höltling	Cölbe	Philipp	Schuller	Germering
Tobias	Hourle	Hünstetten	Dorothee	Schulze	Oetzen
Johan	Hülsen	Ahrensburg	Sebastian	Sehlbach	Pfungstadt-Eschollbrücken
Marco	Husmann	Sulingen	Carsten	Sinß	Oestrich-Winkel
Simon	Isser	Offenbach	Christopher	Skerka	Engelskirchen
Michèle	Kahl	Lehrte	Florian	Söllner	Brand
Sebastian	Kahl	Berlin	Björn	Sommer	Oestrich-Winkel
Vincent	Kalnin	Zorneding	Tobias	Stahl	Grävenwiesbach
Stephan	Kaune	Hildesheim	Katharina	Strohmeyer	Recklinghausen
Anna	Kemmerling	Straelen	Frank	Tanzmann	Altenburg
Marie	Kollenrott	Göttingen	Lidia	Ulrich	Brake
Ansgar	Korte	Meppen	Daniel	Urban	Gehrden
Thomas	Krauskopf	Biebertal	Verena	Vay	Langen
Markus	Krebs	Sulzbach am Main	Verena	von Mutius	Augsburg
Jan Niclas	Kreh	Groß-Umstadt	Mari	Weiß	Berlin
Luise	Krispenz	Dachau	Andy	Wenzel	Schöneck
Florian	Krüger	Saubach	Noah	Wild	Seeheim
Maximilian	Krupp	Herne	Alexander	Wright	Löhnberg
Tilman Moritz	Kuban	Barsinghausen	Simon	Zeimke	Brake
Thorsten	Lammers	Geeste-Dalum			



Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de



Resultat

mehr Spielräume
kommunales Ebene
Kultur, Kultur, J